



HESSISCHER LANDTAG

08. 06. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion

betreffend Rettungsschirme für Menschen aufspannen - kommunale und regionale Akteure stärken - keine Operation düstere Zukunft II in der Arbeitsmarktpolitik

Mit der von der Bundesregierung beabsichtigten "Reform" der arbeitsmarktpolitischen Instrumente geht eine Kürzung um 2,5 Mrd. € im Jahr 2012 und um 3 Mrd. € jährlich ab dem Jahr 2013 einher. Zusätzlich sind für die Eingliederungsmittel bereits 2,7 Mrd. € gestrichen worden.

Das Land Hessen hat das Arbeitsmarktbudget zwar im Großen und Ganzen erhalten, streicht jedoch die Mittel im Ausbildungsbudget auf 60 v.H., obwohl den Kommunen noch im Dezember 2010 die volle Summe angekündigt worden war.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Notwendigkeit zur Schuldenbegrenzung nicht dazu führen darf, dass die Ausgaben für soziale Projekte radikal gekürzt werden, sondern eine erhebliche Verbesserung der öffentlichen Einnahmen erforderlich macht. Insbesondere die Sozialpolitik muss ausreichend finanziert sein, weil sie sonst ihren Zweck, unser Gemeinwesen stabil zu halten und gesellschaftliche Konflikte zu verhindern, nicht erfüllen kann.
2. Der Landtag stellt fest, dass gerade in der Arbeitsmarktpolitik und insbesondere bei der Unterstützung von Langzeitarbeitslosen oder Menschen mit besonderen Beeinträchtigungen auf dem Arbeitsmarkt regionale Hilfen unter besonderer Beachtung der regionalen Besonderheiten notwendig sind. Deshalb müssen die Verantwortlichen vor Ort gestärkt und dürfen in ihrer Arbeit nicht behindert werden. Sie brauchen mehr Kompetenzen und dürfen nicht ans Gängelband zentraler Instanzen gelegt werden.
3. Der Landtag kritisiert, dass die Bundesregierung mit den vorgesehenen Kürzungen bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ausgerechnet den Personenkreis trifft, der der Hilfe am dringendsten bedarf. Langzeitarbeitslose profitieren bisher kaum von der konjunkturellen Erholung, ihre Zahl liegt immer noch bei knapp 1 Million. 800.000 Menschen sind bereits seit zwei Jahren arbeitslos, 400.000 bereits seit 2005. Sie brauchen auch weiterhin Hilfe zur Qualifizierung, um in den Arbeitsmarkt integriert werden zu können.
4. Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, von der geplanten Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf der Basis des Referentenentwurfs vom 7. April 2011 Abstand zu nehmen. Öffentlich geförderte Beschäftigung würde mit diesem Entwurf fast unmöglich gemacht, der Gesetzesentwurf schränkt die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen und der Arbeitsgemeinschaften enorm ein. Nötig wäre aber mehr Flexibilität, ein Instrumentarium, das flexible und passgenaue Hilfen ermöglicht. Langzeitarbeitslose haben einen speziellen Förderbedarf, das Hilfeinstrumentarium muss daran ausgerichtet sein und darf nicht an die Instrumente des SGB III gebunden sein.

5. Der Landtag unterstützt daher die von zahlreichen Experten aus dem Bereich Arbeitsmarkt sowie Kommunen und Kommunalen Spitzenverbänden getragene hessische Botschaft an die Bundesregierung und fordert die Landesregierung auf, in diesem Sinne aktiv zu werden.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, über den Bundesrat auf die Bundesregierung Einfluss zu nehmen, damit die vorgesehene "Reform" der arbeitsmarktpolitischen Instrumente gestoppt wird.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung außerdem auf, die von ihr angekündigte Kürzung beim Ausbildungsbudget zurückzunehmen. Die Jugendlichen, die von diesem Programm profitieren, brauchen nach wie vor Hilfe und Unterstützung. Trotz der leichten Besserung auf dem Ausbildungsmarkt schaffen sie es nicht, direkt in ein Ausbildungsverhältnis einzutreten. Die Kürzungen würden dazu führen, dass sie keine Chance mehr bekommen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 7. Juni 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Dr. Spies
Decker
Merz
Müller (Schwalmstadt)
Roth